



## **Gemeinde Hünenberg**

### **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung in Hünenberg**

**Montag, 22. Juni 2009**, 20.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg», unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Hans Gysin

**Anwesende Stimmberechtigte:** 131 Personen

**Protokollführer:** Guido Wetli, Gemeindeschreiber

#### **Traktanden**

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 15. Dezember 2008
2. Verwaltungsbericht 2008
3. Genehmigung der Gemeinderechnung 2008 und Kenntnisnahme von Abrechnungen über bewilligte Kredite
4. Beschlussfassung über den Anschluss von gemeindlichen Bauten an das Fernwärmenetz der BiEAG Biomasse Energie AG, Hünenberg, Investitionskreditbegehren, Gewährung eines Darlehens und Kauf von Aktien der BiEAG Biomasse Energie AG, Hünenberg
5. Kreditbegehren für die Vernetzung der Schulhäuser mit Glasfaserleitungen (Kostendach)
6. Motion der SP Hünenberg zum Umbau und zur Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B - Bericht und Antrag des Gemeinderates

#### **Begrüssung**

Gemeindepräsident Hans Gysin begrüsst im Namen des Gemeinderates die Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Mit ihrer Anwesenheit würden sie ihr Interesse am Geschehen und an der Entwicklung der Gemeinde Hünenberg bekunden. Vor der Behandlung der Traktanden habe er noch einige Bemerkungen und Orientierungen:

### ***Neues Logo und neues Erscheinungsbild der Gemeinde***

Seit Anfang Mai erscheine das Logo der Gemeinde in neuer, moderner Form. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass das neue Erscheinungsbild gefalle. Negative Äusserungen seien jedenfalls nur sehr wenige eingegangen. Ebenso seien die Gemeindeversammlungsunterlagen neu gestaltet worden. Sowohl Umschlagsseite wie auch Schrift und Layout im Innern seien modern und der heutigen Zeit angepasst.

### ***Gemeinde-Thermometer***

Die Bevölkerungsbefragung im letzten Sommer (Gemeinde-Thermometer) habe ergeben, dass das Bedürfnis für die Einführung eines gemeindlichen Mitteilungsblattes sehr gross ist. Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung eines solchen Blattes seien im Gange, so dass das erste Mitteilungsblatt im Sommer 2010 erscheinen könnte. Die Kosten hierfür würden im Budget für das Jahr 2010 ausgewiesen.

### ***Gründung Verein ZUGWEST***

Am 1. April 2009 sei der Verein ZUGWEST zusammen mit den Nachbargemeinden Cham und Risch gegründet worden. Bisher hätten bereits mit sechs namhaften Firmen Sponsoringverträge abgeschlossen werden können. Noch in diesem Monat würden an über 2'600 Unternehmungen im Gebiet von ZUGWEST Unterlagen versandt, die auf die Vorteile der Mitgliedschaft aufmerksam machen.

### ***Gründung Verein Partnerschaft Banska Stiavnica***

Am 7. Mai 2009 sei der Verein Partnerschaft Banska Stiavnica gegründet worden. Ein initiativer Vorstand werde nun auf Grund einer Leistungsvereinbarung die Interessen der Gemeinde vertreten und aktive Kontakte mit unseren Freunden in der Slowakei pflegen. Neumitglieder seien herzlich willkommen.

### ***Präsentation der Vorlagen/elektronische Aufzeichnung***

Die PowerPoint-Präsentation sei von der Verwaltung und dem EDV-Verantwortlichen nach den Angaben des Gemeinderates erstellt worden. Die Verhandlungen würden wiederum elektronisch aufgezeichnet. Dies erleichtere das Verfassen des Protokolls. Die Aufnahmen würden nach Genehmigung des Protokolls (Dezember-Gemeindeversammlung) gelöscht. Der Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob jemand gegen die Tonaufzeichnung sei und einen Antrag auf Ablehnung stellen wolle. Dies ist nicht der Fall, so dass der Verlauf der Gemeindeversammlung auf einen Tonträger aufgezeichnet werden kann.

Nach diesen Bemerkungen erklärt der Vorsitzende die heutige Versammlung als eröffnet. Er richtet einen speziellen Gruss an all diejenigen, die zum ersten Mal an einer Gemeindeversammlung teilnehmen sowie an den anwesenden Medienvertreter (Neue Zuger Zeitung).

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Stimmberechtigten durch dreimalige Amtsblattpublikation und Versand der Vorlagen (inkl. Verwaltungsbericht und Zwischenbericht zu den Exekutivzielen des Gemeinderates) in alle Haushaltungen form- und fristgerecht eingeladen worden sind. Die Vorlagen sind auch auf der gemeindlichen Website aufgeschaltet.

Der Vorsitzende erklärt die Versammlung für beschlussfähig. Er fordert nicht stimmberechtigte Personen auf, auf den für sie reservierten Stühlen in der ersten Reihe Platz zu nehmen. Mit dem Hinweis über die Stimmberechtigung geht er zu den Tagesgeschäften über.

### **Stimmzählerinnen/Stimmzähler**

Auf Vorschlag von Vizepräsidentin Regula Hürlimann werden - nachdem aus der Versammlung keine anderen Vorschläge eingehen - vier Personen als Stimmzählerinnen und Stimmzähler gewählt, wovon Franzsepp Odermatt, Gemeindeweibel, als Obmann.

Nachdem aus der Versammlung keine weiteren Vorschläge eingehen, werden die vorgeschlagenen Personen von der Versammlung einstimmig gewählt.

Der Vorsitzende fordert die Stimmzählenden auf, die Anzahl der Stimmberechtigten in ihren jeweiligen Sektoren zu zählen und zu melden. Insgesamt sind 131 stimmberechtigte Personen anwesend. Der Präsident teilt mit, dass der Gemeinderat bei Abstimmungen jeweils auch per Handzeichen abstimme, ausser bei der Abnahme der Rechnung und in aufsichtsrechtlichen Belangen.

### **Traktandenreihenfolge und Abstimmungsform**

Die Versammlung ist mit der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Reihenfolge der Traktanden einverstanden. Die Traktandenliste ist somit genehmigt. Weiter wird dem Antrag des Vorsitzenden auf offene Abstimmungen statt gegeben.

### **Motionen/Interpellationen**

Es sind seit der letzten Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2008 folgende zwei Motionen eingegangen:

- Die Sozialdemokratische Partei Hünenberg hat mit Datum vom 19. März 2009 eine Motion zum Umbau und zur Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B gestellt. Diese Motion wird heute unter Traktandum 6 behandelt.
- Die Freisinnig-Demokratische Partei Hünenberg hat mit Datum vom 17. April 2009 eine Motion betreffend wirksamer Lärmschutz entlang der Autobahn zur Erhaltung attraktiver Wohngebiete eingereicht. Da die Motion ausserhalb der gesetzlichen Frist von 90 Tagen vor der nächsten Gemeindeversammlung eingereicht wurde, wird sie erst an der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2009 behandelt.

Aus der Versammlung werden keine neuen Motionen/Interpellationen eingereicht.

## **Ausstandsregelung**

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäss § 10 Abs. 3 Gemeindegesetz Gemeinderatsmitglieder in den Ausstand treten müssen, wenn sie Mitglieder von Organen sind, die wirtschaftliche Interessen an den zu behandelnden Geschäften haben. Aus diesem Grund würden bei der Behandlung von Traktandum 4 der Vorsteher der Abteilung Bau und Umwelt und er als Vorsitzender in den Ausstand treten. Der Bauchef werde auch bei Traktandum 5 im Ausstand bleiben. Die Begründung erfolge unter den entsprechenden Traktanden.

## **Rückweisungsanträge**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass über Rückweisungsanträge sofort abgestimmt werden muss. Damit über eine Sache diskutiert werden kann, bittet er die Anwesenden, Rückweisungsanträge erst nach erfolgter Diskussion zu stellen.

## **Traktandum 1**

### **Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 15. Dezember 2008**

Das Protokoll lag den Stimmberechtigten auf der Einwohnerkontrolle zur Einsichtnahme auf. In der ausführlichen Version der Vorlagen zur heutigen Versammlung ist eine Kurzfassung des Protokolls enthalten. Das Protokoll konnte zudem auf der gemeindlichen Website eingesehen bzw. abgerufen werden. Einsprachen zum Protokoll sind keine eingegangen.

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 15. Dezember 2008 wird ohne Wortmeldungen einstimmig genehmigt und dem Ersteller, Gemeindeschreiber Guido Wetli, verdankt.

## **Traktandum 2**

### **Verwaltungsbericht 2008**

Der Vorsitzende erklärt, dass der Verwaltungsbericht zusammen mit der Kurzfassung in alle Haushaltungen versandt worden sei. In kurzer Form werde in diesem Bericht über wichtige Vorkommnisse und Kennzahlen der einzelnen Abteilungen informiert. Über den Verwaltungsbericht werde nicht abgestimmt. Er diene der blossen Orientierung.

Der Verwaltungsbericht wird von der Versammlung ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### Traktandum 3

#### Genehmigung der Gemeinderechnung 2008

Der Vorsitzende stellt den erneut sehr guten Rechnungsabschluss mit verschiedenen Grafiken vor. Bei einem Ertrag von rund Fr. 54'600'000.— und einem Aufwand von rund Fr. 50'700'000.— weise die Gemeinde einen Ertragsüberschuss von Fr. 3'900'000.— aus. Budgetiert gewesen sei ein Aufwandüberschuss von Fr. 437'500.—. Dies bedeute eine Verbesserung gegenüber dem Budget um rund Fr. 4'300'000.—. Die Investitionsrechnung sei ebenfalls besser ausgefallen als budgetiert, weil beim laufenden Schulhausbau Eichmatt bis Ende letzten Jahres weniger Geld habe ausgegeben werden müssen als vorgesehen gewesen sei. In diesem Zusammenhang weist der Vorsitzende auf die Verzögerung des Kantons bei der Auszahlung der Subvention für den Bau des Schulhauses Eichmatt hin, die bis heute nicht eingegangen sei. Im Übrigen seien 2008 keine Landkäufe getätigt worden. Bei den Steuern erklärt der Vorsitzende, dass bei den juristischen Personen rund Fr. 2.7 Mio. mehr eingegangen seien als budgetiert. Die Budgetzahlen hätten auf Angaben der kantonalen Steuerverwaltung beruht. Diese sei davon ausgegangen, dass die Firma Alcon 2008 praktisch keine Steuern mehr im Kanton Zug bezahlen würde. Effektiv sei nun aber der Wegzug der Alcon nicht so schnell erfolgt, was sich positiv auf die Gemeinderechnung auswirke. Beim Aufwand weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Gemeinde Hünenberg einen Betrag von Fr. 2.04 Mio. nach Bern in den NFA habe bezahlen müssen. Im Zuger Kantonsrat sei eine Motion eingereicht worden, wonach die Beteiligung der Gemeinden an die Zahlungen des Kantons in den NFA rückgängig gemacht werden soll. Beim Selbstfinanzierungsgrad, der sich von 131 % auf 68 % verringert hat, würden sich die Auswirkungen des Schulhauses Eichmatt zeigen. Der Vorsitzende gibt jedoch zu bedenken, dass der Durchschnitt über die letzten fünf Jahre beachtet werden müsse. Damit liege man immer noch klar über 100 %. Hinsichtlich der Verschuldung erklärt der Vorsitzende, dass diese in den letzten Jahren stets habe abgebaut werden können. 2007 habe man sogar ein Nettovermögen von Fr. 347.— pro Person ausweisen können. Im Jahr 2008 sei das Pro-Kopf-Vermögen auf Fr. 12.— gesunken. Wäre die provisorische Grundstückgewinnsteuer 2008 definitiv abgerechnet worden, wäre man sogar über Fr. 347.— gelegen.

Das Wort wird von der Versammlung nicht gewünscht.

Bevor der Vorsitzende das Wort dem Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission erteilt, stellt er der Versammlung den Antrag des Gemeinderates betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses vor.

AA, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), führt aus, dass die Rechnungsprüfungskommission die Rechnung 2008 geprüft habe. Gemäss ihren Beurteilungen entsprächen die Darstellungen der Vermögenslage, das Rechnungsergebnis sowie der Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses den massgebenden Rechnungsgrundsätzen und den gesetzlichen Bestimmungen. Auf Grund ihrer Prüfung beantrage die RPK, die Anträge des Gemeinderates gut zu heissen und Folgendes zu beschliessen:

1. Die per 31. Dezember 2008 abgeschlossene Jahresrechnung der Gemeinde Hünenberg sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Der Ertragsüberschuss pro 2008 von Fr. 3'900'471.39 sei wie folgt zu verwenden:

– Einlage in Vorfinanzierung gemeindliche Bauvorhaben	Fr.	1'930'000.—
– Zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	Fr.	1'930'000.—
– Einlage von 1 % des Ertragsüberschusses auf Konto «Rückstellungen für gemeinnützige Institutionen und Hilfe im In- und Ausland»	Fr.	39'000.—
– Einlage in freies Eigenkapital	Fr.	1'471.39

Dem Gemeinderat, dem Rechnungsführer und den übrigen Angestellten der Gemeindeverwaltung dankt AA im Namen der RPK für die geleistete Arbeit.

Die Stimmberechtigten haben zum Revisionsbericht keine Fragen und stimmen den Anträgen der RPK und des Gemeinderates einstimmig zu.

#### **Traktandum 4**

#### **Beschlussfassung über den Anschluss von gemeindlichen Bauten an das Fernwärmenetz der BiEAG Biomasse Energie AG, Hünenberg, Investitionskreditbegehren, Gewährung eines Darlehens und Kauf von Aktien der BiEAG Biomasse Energie AG, Hünenberg**

Der Vorsitzende teilt mit, dass bei diesem Traktandum – wie angekündigt – der Vorsteher Bau und Umwelt, Erich Wenger, und er selber in den Ausstand treten würden. Erich Wenger sei Mitglied des Verwaltungsrates der BiEAG und er selber sei Verwaltungsratsmitglied der WWZ, die der bisherige Energielieferant (Erdgas) der gemeindlichen Anlagen an der Zentrumstrasse sei. Beide seien somit in dieser Sache befangen. Die Versammlungsleitung werde nun Vizepräsidentin Regula Hürlimann übernehmen.

Gemeindpräsident Hans Gysin und Bauchef Erich Wenger begeben sich in den Ausstand und nehmen im Plenum Platz.

Das Geschäft wird von Käty Hofer, Gemeinderätin und Vorsteherin der Abteilung Soziales und Gesundheit, vorgestellt. Wie sie ausführt, beinhaltet das Traktandum 4 drei verschiedene Anträge:

- das Begehren für einen Investitionskredit zum Anschluss von gemeindlichen Bauten an das Fernwärmenetz,
- die Gewährung eines Darlehens an die BiEAG Energie AG und
- den Kauf von Aktien der BiEAG.

Der Gemeinderat werde die drei Teilanträge getrennt voneinander zur Abstimmung bringen.

#### ***Investitionskredit***

Die BiEAG wolle im Gebiet Fildern ein Biomasse-Kraftwerk erstellen. Das Kraftwerk solle in die Ecke zwischen der Gemeindegrenze zu Cham und der Autobahn gebaut werden. Hauptaktionärinnen seien die Korporation Hünenberg und die Elektro-Genossenschaft Hünenberg EGH. Die BiEAG sehe vor, die Anlage im Herbst 2010 in Betrieb zu nehmen.

Aus Gülle, Grüngut, Holzschnitzeln und einem kleinen Anteil Erdgas werde die Anlage Strom und Wärme produzieren. Die Gülle werde in eigenen Leitungen aus der Reusebene ins Kraftwerk hinauf gepumpt und nach der Vergärung und Vergasung wieder zurückgeleitet. Der produzierte Strom werde ins Netz eingespeist. Die Wärme solle über ein Wärmenetz im Dorf verteilt werden und zum Heizen von Gebäuden genutzt werden. Die Gemeinde habe geprüft, welche ihrer Gebäude für einen Anschluss ans Wärmenetz in Frage kommen könnten. Es seien dies: Schulhaus Rony, Werkhof-/Feuerwehrgebäude mit Dreifachturnhalle und Sportgebäude, Schulhäuser Ehret A, B und C sowie der Saal «Heinrich von Hünenberg» mit katholischem Kirchenzentrum. Das Gemeindehaus, Chamerstrasse 11, sei im Eigentum einer Stockwerkeigentümergeinschaft, die über einen allfälligen Anschluss ans Wärmenetz entscheiden müsse. Für den Anschluss der erwähnten Bauten müsse mit einmaligen Investitionen von Fr. 740'000.— gerechnet werden (Bauten und Technik Fr. 260'000.—, Anschlussgebühren Fr. 420'000.—, interne Neuerungen Fr. 60'000.—). Diesen Investitionen für die Fernwärme müssten die Kosten von Fr. 500'000.— gegenübergestellt werden, die für die Erneuerung der Heizungen mit fossiler Energie (Erdöl oder Erdgas) anfallen würden (Heizungserneuerungen Fr. 440'000.—, interne Neuerungen Fr. 60'000.—). Die erneuerbare Energie der BiEAG koste also unter dem Strich Fr. 240'000.— mehr als bei einer Sanierung der Heizungen in den vier Gebäudekomplexen, die ohnehin angegangen werden müsse.

Einmalige Investitionen seien das Eine, die jährlichen Heizkosten das Andere, das man genauer anschauen müsse. Die Gemeinde brauche für die vier Gebäudekomplexe Rony, Werkhof/Turnhalle, Schulhäuser Ehret und Saal/katholische Kirche ca. 2,3 Mio. kWh. Dies seien umgerechnet ca. 206'000 m<sup>3</sup> Erdgas oder – was man sich besser vorstellen könne – 230'000 Liter Erdöl. Dies seien ungefähr zehn Tankwagen mit Anhänger. Die BiEAG werde der Gemeinde 16 Rappen pro kWh verrechnen. Diese Vollkosten würden die Energie, den Grundpreis, die Amortisation, den Unterhalt usw. beinhalten und ergebe jährliche Heizkosten von rund Fr. 375'000.—. Der Energiepreis für Erdöl oder Erdgas liege bei ca. 13 Rappen pro kWh, wenn man mit einem Heizölpreis von Fr. 100.— pro 100 Liter rechne. Die erneuerbare Energie koste die Gemeinde somit pro Jahr ca. Fr. 80'000.— oder 20 % mehr als fossile Energie. Diese Rechnung werde bei einem Heizölpreis von ca. Fr. 130.— ausgeglichen. Soviel habe das Heizöl im Juni 2008 gekostet.

Sie – Käty Hofer – habe nun viel über Kosten und Preise erzählt. Die Folgen dieser Vorlage für die Umwelt seien viel schwieriger zu berechnen. Das Bundesamt für Bauten und Logistik habe berechnet, dass man bei fossilen Brennstoffen einen Zuschlag von ca. 3 Rappen pro kWh für die verursachten Umweltschäden erheben müsste. Damit wäre man mit dem Energiepreis der BiEAG auf gleicher Höhe wie das Heizöl.

Der Energiepreis werde nur zu 10 % von den Schwankungen des Ölpreises abhängig sein. Damit erreiche man sehr stabile Heizkosten, die besser budgetierbar würden. Man spare ca. 500 Tonnen CO<sub>2</sub>, was unser Klima schätzen werde. Mit fossilen Brennstoffen sei man vom Ausland abhängig; die BiEAG werde mit 90 % einheimischen Ressourcen arbeiten. Die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze würden also hier bei uns generiert.

### **Gemeindliches Darlehen**

Die BiEAG habe dem Gemeinderat ein Gesuch für ein Darlehen in der Höhe von Fr. 1 Mio. eingereicht. Der Gemeinderat schlage der Versammlung vor, der BiEAG dieses Darlehen zu gewähren. Die Konditionen seien für die Gemeinde kostenneutral: die BiEAG müsse den gleichen Zins bezahlen, welcher der Gemeinde verrechnet werde. Das Darlehen müsse ab dem sechsten Jahr zurückbezahlt werden mit mindestens Fr. 100'000.— pro Jahr. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass die BiEAG grundsätzlich eigenwirtschaftlich arbeiten müsse und das Darlehen eine blosser Starthilfe darstelle.

### **Aktienkauf**

Die Gemeinde besitze Aktien der WWZ und genau gleich wolle der Gemeinderat auch Aktien der BiEAG kaufen. Damit wolle man die Unterstützung der BiEAG dokumentieren und mittelfristig sollte aus den Aktien auch eine Dividende resultieren.

Zum Schluss fasst Käty Hofer die Anträge des Gemeinderates nochmals zusammen: Der Gemeinderat beantrage, die Heizungen von vier Gebäudekomplexen auf erneuerbare Energie in Form von Fernwärme umzustellen. Dies bedinge Investitionen von Fr. 740'000.—, was Fr. 240'000.— mehr seien als bei fossilen Brennstoffen aufgewendet werden müssten. Die jährlichen Folgekosten davon seien Fr. 49'000.— für Abschreibungen und Zinsen sowie Fr. 80'000.— für die Energie bei einem Heizölpreis von Fr. 100.— pro 100 Liter. Weiter beantrage der Gemeinderat, der BiEAG ein Darlehen von Fr. 1 Mio. für längstens 15 Jahre zu gewähren. Dies sei für die Gemeinde kostenneutral. Und zuletzt stelle der Gemeinderat den Antrag, 20 Aktien der BiEAG zu kaufen.

BB ergreift als Vertreter der FDP das Wort. Er sei Mitglied der Finanzkommission und möchte im Namen der Partei eine Empfehlung abgeben, um das finanzielle Risiko der Gemeinde, das sich hier ergebe, einzudämmen. Im Voraus möchte er erwähnen, dass die FDP den Antrag des Gemeinderates unterstütze. Der Anschluss von gemeindlichen Bauten an das Nahwärmenetz der BiEAG sei eine gute Sache. Die Gemeinde setze damit ihre Strategie im Bereich Umwelt und betreffend die Energiepolitik konsequent fort. Die Umsetzung dieser nachhaltigen Politik verlange vielfältige Massnahmen. Es sei daher nur folgerichtig, dass die Gemeinde diese Chance im Zusammenhang mit dem Bau eines Biomasse-Kraftwerks nutze. Unsere Gemeinde würde damit in der breiten Öffentlichkeit einmal mehr positiv wahrgenommen. Dem Ruf von Hünenberg, zukunftsorientiert und weltoffen zu sein, könne dies nur förderlich sein. Auch die Bereitschaft der Investoren, in ein zukunftsweisendes, umwelt- und energiepolitisch sinnvolles Werk zu investieren, verdiene Anerkennung. Natürlich würden diese Investoren mit ihrem Projekt auch ökonomische Ziele verfolgen. Dies sei ihnen auch nicht zu verübeln, denn eine Investition, die sich nicht rechne, sei eine schlechte Investition. Ob sich aber diese ökonomischen Ziele der BiEAG erfüllen würden, hänge zu einem grossen Teil vom Engagement der Gemeinde ab. Mit dem Anschluss der gemeindlichen Bauten gehe die Gemeinde eine langjährige verpflichtende Partnerschaft mit der BiEAG ein. Diese sei mit Chancen verbunden, berge aber auch Risiken. Die Chancen, sich mit diesem Projekt in das Bewusstsein der Bevölkerung und auch im weiteren Umfeld als attraktive und fortschrittliche Kommune zu positionieren, habe er bereits einleitend erwähnt. Zu bedenken seien aber auch die Folgen, die sich aus einer langjährigen Abhängigkeit ergeben würden. Für den Anschluss an das Wärmenetz der BiEAG investiere die Gemeinde den stolzen Betrag von Fr. 740'000.—. Damit ersetze sie aber auch Heizanlagen, die teilweise erst zehn- oder 12-jährig und noch nicht abgeschrieben seien. Zudem stelle die Gemeinde den Investoren ein Darlehen von Fr. 1 Mio. zur Verfügung und das zu sehr vorteilhaften Konditionen, nämlich zu den eigenen Finanzierungskosten, ohne dafür eine Gegenleistung geltend zu machen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass diese Energie, welche die Ge-



meinde von der BiEAG beziehen wolle, erheblich teurer sein werde als es heute der Fall sei. Der Wärmeabgabepreis, der nicht die Vollkosten darstelle, werde massgebend durch den Kapitaldienst und den Holzpreis aus einheimischer Produktion bestimmt. Wäge man die Chancen und die Risiken gegeneinander ab, ergebe sich aus Sicht der FDP eine erhebliche Unsicherheit bezüglich der Entwicklung des künftigen Energiepreises. Seine Partei empfehle daher dem Gemeinderat, mit der BiEAG ein Kostendach für den Energiepreis auszuhandeln. Die FDP sehe den Preis bei 13 Rappen pro kWh. Diese Preisobergrenze entspreche einer maximal möglichen Preissteigerung von 30 %. Man erachte dieses Kostendach für beide Parteien als fair. Das Kostendach garantiere der BiEAG auch einen angemessenen unternehmerischen Handlungsspielraum. Gleichzeitig begrenze jedoch die Gemeinde ihr finanzielles Risiko. Ein Risiko, für welches am Ende die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerade stehen müssten, sollten sich die Annahmen im heutigen Businessplan nicht erfüllen.

CC, Präsident des Unabhängig-Grünen Forums Hünenberg, ergreift das Wort. Er wolle im Namen des Grünen Forums zu allen drei Anträgen Stellung nehmen. Zuerst halte er fest, dass das Grüne Forum grundsätzlich das Projekt super finde, zukunftssträchtig und wegweisend. Daher möchte er der EGH und der Korporation einen Dank aussprechen und ihnen zu diesem sehr schönen Projekt gratulieren. Auch dem Gemeinderat dankt er für seine Unterstützung. Das Grüne Forum sehe grosse Vorteile bei diesem Projekt, unter anderem in der Einsparung von 500 Tonnen CO<sub>2</sub>. Er sei der Meinung, dass dies einen grossen Einsatz wert sei; denn man müsse gegen die Klimaerwärmung ankämpfen. Was ihn ausserdem freue, sei, dass man die Energie aus einheimischen Ressourcen produzieren könne und man nicht mehr Gas und Heizöl Hunderte oder Tausende von Kilometern vom Ausland einführen müsse. Dies sei nach Meinung des Grünen Forums etwas sehr Wesentliches, um so mehr wenn man bedenke, dass Heizöl- und Gas-Ressourcen nicht unendlich seien. Im Gegenteil, nach Aussagen von Fachleuten würden ungefähr im Jahr 2020 diese Ressourcen knapper und die Preise steigen. Daher sei dieses Projekt auch vom finanziellen Standpunkt her zukunftssträchtig. Aus diesem Grund unterstütze das Grüne Forum den Anschluss der Schulhäuser und der übrigen Liegenschaften an das Wärmenetz. Es unterstütze auch das Darlehen; es sei kostenneutral für die Gemeinde und nach 15 Jahren sei dieses bereits zurückgezahlt. Ebenfalls unterstützt werde der Aktienkauf, allerdings – und da möchte er einen Antrag stellen – finde man 20 Aktien in Bezug auf das Projekt nicht angemessen. Der Antrag laute, 200 Aktien zu kaufen. Für ein Vorzeigeprojekt wie dieses, sollte es möglich sein, einen solchen Betrag zu investieren und die Gemeinde könne sich diese Investition auch leisten. Dies habe man ja bei Traktandum 3 gesehen. Die Gemeinde habe in der Rechnung des letzten Jahres einen Gewinn von Fr. 3.9 Mio. gemacht. Es sei ihm klar, dass die Aktien nicht aus diesem Gewinn bezahlt würden. Der Kauf würde die Rechnung des laufenden Jahres belasten. Der Gemeindepräsident habe aber bereits durchblicken lassen, dass die Prognose betreffend Budget 2009 sehr wahrscheinlich übertroffen und das Ergebnis auch für 2009 positiv ausfallen werde. In Sachen Finanzen habe er im heute verteilten Bulletin der FDP gelesen: «Zum Pessimismus besteht in der Gemeinde Hünenberg, trotz Rezession nach wie vor kein Grund. Die Gemeindefinanzen sind gesund, die Hünenberger Rechnungsabschlüsse waren in den letzten Jahren immer besser als budgetiert ausgefallen.» Auch in Anbetracht der Finanzsituation der Gemeinde könne man sich diese Investition leisten. Der Gemeinderat habe gesagt, 20 Aktien von den Wasserwerken und 20 Aktien von der BiEAG. Das Grüne Forum sei der Meinung, dass man in Anbetracht des Vorzeigecharakters dieses Projektes und auf Grund dessen, dass es ein gemeindliches Vorhaben sei, durchaus mehr investieren könne.

DD führt aus, dass die SVP Hünenberg voll und ganz hinter diesem Projekt stehe. Man sei sich natürlich auch bewusst, dass das Projekt betreffend Rentabilität gewisse Risiken mit sich bringe. Wenn aber die CKW Fr. 4 Mio. Kapital spreche und die Zuger Kantonalbank einen Kredit Fr. 5 Mio. gewähre, dann glaube er, dass dieses Projekt nicht mit grossen Risiken behaftet sei. Diese Firmen hätten sicher das gesamte Projekt der BiEAG genau geprüft und gründlich untersucht. Zum heutigen Zeitpunkt und wahrscheinlich auch noch dann, wenn das Biomassenkraftwerk in Produktion gehen werde, würden die fossilen Brennstoffe nach wie vor relativ günstig sein. Dies könne sich jedoch schnell ändern. Bekanntlich – und dies habe auch Käty Hofer gesagt – hätten die fossilen Brennstoffe vor einem Jahr Fr. 130. — pro 100 Liter Heizöl gekostet. Wenn dies wieder eintreffe, und dies könne in ein paar Jahren wieder der Fall sein, bedeute dies, dass die Biomassenwärme günstiger ist als Heizöl. Die SVP Hünenberg beantrage deshalb, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen. Sie möchte jedoch zum gemeinderätlichen Antrag 3 einen Änderungsantrag stellen, nämlich dass die Gemeinde anstelle von 20 Namenaktien, 15 zusätzliche Aktien (total 35) kauft und dafür das Geld bei Traktandum 6 einspart. Man werde bei Traktandum 6 auf die Gründe zurückkommen. Somit würden für die Gemeinde keine zusätzlichen Kosten entstehen.

EE führt im Namen der SP Hünenberg aus, dass der Ertragsüberschuss der Gemeinde für das Jahr 2008 über Fr. 3.9 Mio. beträgt. Die Anwesenden hätten diese erfreuliche Tatsache vorher zur Kenntnis genommen. Mit dem vorgesehenen Aktienkauf der BiEAG beteilige sich die Gemeinde in einem sehr bescheidenen Rahmen an diesem Projekt. Energie, unabhängig von deren Form, werde je länger je mehr zu einem sehr wichtigen Gut. Die Gemeinde sei auch an der Wasserwerke Zug AG mit Aktien beteiligt. Mit dem Projekt der BiEAG werde heimische Energie für einen grösseren Teil der Hünenberger Bevölkerung genutzt. Die Gemeinde sollte sich deshalb entsprechend an dieser Struktur beteiligen. Aus diesem Grund beantrage die SP, das Aktienpaket von 20 auf 50 Stück zu erhöhen. Der Antrag des Gemeinderates solle deshalb wie folgt geändert werden:

*3. Zum Preis von Fr. 50'500.— sind 50 Namenaktien der BiEAG Biomasse Energie AG, Hünenberg, à nominal Fr. 1'000.— pro Aktie zum Emissionspreis von je Fr. 1'010.— zu erwerben.*

FF gibt die Haltung der CVP bekannt. Für die Meinungsbildung habe man den sehr engagierten Verwaltungsratpräsidenten der BiEAG, GG, zu Gast gehabt. Dieser habe die Parteimitglieder vor allem überzeugen können, dass dieses Projekt wirklich seriös und professionell organisiert ist und dass man recht gut im Zeitplan liegt. Man habe sich davon überzeugt, dass das geplante Biomasse-Kraftwerk wirklich dem Stand der Technik entspreche, es also nicht irgendeine Versuchsanlage sei. Es seien in der Schweiz schon 84 Biomasse-Kraftwerke in Betrieb, unter anderem auch in Wädenswil und Oberrüti. Die CVP Hünenberg beantrage, alle drei Anträge vorbehaltlos anzunehmen.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, schreitet Vizepräsidentin Regula Hürlimann zur Abstimmung. Dabei beschliessen die Anwesenden Folgendes:

1. Die gemeindlichen Liegenschaften Schulhaus Rony, Werkhof-/Feuerwehrgebäude inkl. Dreifachturnhalle und Sportgebäude, Schulhäuser Ehret A, B und C sowie Saal «Heinrich von Hünenberg» mit katholischem Kirchenzentrum sind an das Nahwärmenetz der BiEAG anzuschliessen und es wird hiefür ein Kredit von Fr. 740'000.— bewilligt. Dieser Betrag erhöht oder verringert sich entsprechend der Bauentwicklung, des Baukostenindex und des Mehrwertsteuersatzes. (*Grossmehrheitliche Zustimmung bei zwei Gegenstimmen*)
2. Der Biomasse-Energie AG, Hünenberg, wird ein Darlehen über Fr. 1 Mio. zum gemeindlichen Refinanzierungssatz mit einer Laufzeit von 15 Jahren gewährt. Ab dem sechsten Jahr sind jährlich mindestens Fr. 100'000.— zurückzuzahlen. (*Einstimmige Zustimmung, drei Enthaltungen*)
3. Dem Erwerb von Namenaktien der BiEAG Biomasse Energie AG, Hünenberg, à nominal Fr. 1'000.— pro Aktie zum Emissionspreis von je Fr. 1'010.— wird grossmehrheitlich bei vier Gegenstimmen zugestimmt (Grundsatzabstimmung). Die Anzahl der zu erwerbenden Aktien wird in einem Deduktivverfahren ermittelt:

Gegenüberstellung 200 Aktien zu 50 Aktien: grossmehrheitlich für 50 Aktien (16 dagegen)

Gegenüberstellung 50 Aktien zu 35 Aktien: 70 zu 31 Stimmen für 50 Aktien

Gegenüberstellung 50 Aktien zu 20 Aktien: 69 zu 41 Stimmen für 50 Aktien

Somit hat die Versammlung beschlossen, **50 Aktien** der BiEAG zu erwerben.

GG, Verwaltungsratspräsident der BiEAG, tritt ans Mikrofon. Er sei natürlich überwältigt von diesem guten Resultat. Er hätte sich dies nicht erträumen lassen. Er habe von allen Parteien viele Komplimente erhalten, wofür er sich bedanke. Die Anwesenden könnten sicher sein, dass man ihr Vertrauen nicht ausnützen werde. Es sei angesprochen worden, dass die Gemeinde eine langjährige Abhängigkeit mit der BiEAG eingehe. Die BiEAG sei ein regionaler Partner, sei hier verankert und auch mit der EGH sei man eine lange Abhängigkeit in der Gemeinde gewohnt. Er glaube, auch dort sei man nie enttäuscht worden. Abschliessend dankt er nochmals allen Anwesenden für ihr Wohlwollen.

## **Traktandum 5**

### **Kreditbegehren für die Vernetzung der Schulhäuser mit Glasfaserleitungen (Kostendach)**

Der Vorsitzende kehrt aufs Podium zurück und erklärt, dass sich der Vorsteher der Abteilung Bau und Umwelt, Erich Wenger, auch bei diesem Traktandum im Ausstand befinde, weil die Vernetzung der Schulhäuser mit dem Bau der Fernwärmeleitungen der BiEAG gekoppelt sei. Erich Wenger bleibt deshalb im Plenum sitzen.

Die Vorlage wird von Renate Huwyler, Gemeinderätin und Vorsteherin der Abteilung Sicherheit, vorgestellt. Wie sie ausführt, schliesse die Swisscom mit der Initiative «Schulen ans Internet» alle Schweizer Schulen kostenlos ans Internet an. Hünenberg habe als einzige Gemeinde das Swisscom-Netz als WAN (Wide Area Network), also als direkte Verbindung zwischen den Schulhäusern, gewissermassen optimal zweckentfremdet und somit die Vernetzung kostenlos genutzt. Damit habe Hünenberg in den letzten sieben Jahren ca. Fr. 230'000.— gespart.

Mit der Eröffnung des Schulhauses Eichmatt kämen zusätzlich 80 Arbeitsplätze dazu; total werde man dann in der Schule und auf der Gemeindeverwaltung ca. 500 PCs und 12 Server haben. Die Geschwindigkeit des Datenflusses zwischen den Schulhäusern betrage heute 2 bis 4 Mbit/s. Mit dem Ist-Zustand sei keine Zentralisierung möglich, weil die Kapazität der Leitung zu klein sei. Deshalb brauche man heute in jedem Schulhaus einen eigenen Server. Momentan könne man das Swisscom-Netz in der Schule noch gratis nutzen. Man wisse aber nicht, wie lange dies die Swisscom noch akzeptiere.

Die drei folgenden Hauptpunkte hätten den Gemeinderat dazu bewogen, nach einer anderen Lösung zu suchen:

1. Mit dem neuen Schulhaus Eichmatt kommt man an die Kapazitätsgrenze.
2. Im Zusammenhang mit dem Bau des Biomasse-Kraftwerkes sollen Synergien genutzt und gleichzeitig die Leitungen für die Vernetzung eines Teils der Schulhäuser ins Trasse ge-  
legt werden.
3. Es ist nicht klar, wie lange die Swisscom die jetzige Gratis-Vernetzung noch akzeptiert.

Der Gemeinderat habe eine spezialisierte Firma beauftragt, eine Variantenstudie durchzuführen, um eine optimale Lösung zu evaluieren. Dabei seien verschiedene Möglichkeiten miteinander verglichen worden: Mietleitung von der WWZ oder Swisscom, Laser, Wireless oder ein eigenes Glasfasernetz. Die Studie empfehle die Lösung mit einem eigenen Glasfasernetz. Auf Grund der erheblichen Vorteile eines eigenen Glasfasernetzwerkes sei der Gemeinderat überzeugt, dass dies längerfristig gesehen die optimalste Lösung ist. Der Gemeinderat erachte die relativ hohen Investitionskosten als vertretbar und sei der Meinung, dass die Verlegung der Glasfaserkabel gleichzeitig mit den Rohren des Biomasse-Kraftwerkes erfolgen sollte.

Die Vernetzung in den Nachbargemeinden sehe wie folgt aus: Cham sei mit einer Glasfaserleitung mit 1 Gbit/s vernetzt und zahle jährlich Fr. 75'000.— dafür. Die Gemeinde Steinhausen habe ebenfalls ein Glasfasernetzwerk und Risch sei daran, auf Glasfaserkabel zu wechseln.

Die Gemeindeverwaltung sei heute schon mit dem Schulhaus Ehret C, dem Saal «Heinrich von Hünenberg» und dem Werkhof mittels Glasfaserkabel verbunden. Die Schulhäuser Eichmatt und Kemmatten seien ebenfalls schon mit Glasfaserkabel verbunden. Die neue Glasfaserleitung vom Schulhaus Ehret C ins Schulhaus Rony soll nach den neusten Erkenntnissen in Zusammenarbeit mit der BiEAG oder der EGH realisiert werden. Für die Verbindung vom Ehret C ins Kemmatten werde die Lösung einer eigenen Glasfaserleitung verfolgt, wobei die Übertragungsraten mindestens für die nächsten zehn Jahre garantiert sei. Der Bedarf für die Vernetzung der Schulhäuser Rony und Matten werde noch abgeklärt. Im Moment laufe noch das dreijährige Projekt Tagesschule Matten und man wisse zurzeit noch nicht, wie die Zukunft dieses Schulhauses aussehe. Zudem habe die EGH in der Zwischenzeit entschieden, selber Lehrrohre zu legen und somit werde man – sofern das Schulhaus Matten weiter bestehe – wahrscheinlich eine Miete in Betracht ziehen.

Mit der neuen Glasfaserleitung erziele man eine Geschwindigkeit von 1 Gbit/s, dies seien 1'000 Mbit/s, was für die zukünftigen technischen Ansprüche an ein modernes EDV-Netzwerk Standard sei. Man gehe davon aus, dass das Netzwerk für die nächsten zehn Jahre diene. Es sei kein Rolls-Royce, sondern eine gute Lösung für den ausgewiesenen Bedarf des Verwaltungs- und Schulnetzes, den technischen Gebäudeunterhalt und die Telefonie.

Die Investitionskosten als Kostendach betragen maximal Fr. 480'000.—. Darin seien Fr. 420'000.— Vollkosten für Grabarbeiten, Verlegung und Investition enthalten. Der Kostenteiler für die Investition und die allfällige Miete seien Teil der momentanen Verhandlungen. Es zeichne sich eine kostengünstigere Mietlösung ab. Nebst den Kosten für das eigene Glasfasernetzwerk würden noch Kosten für das Auswechseln der aktiven Komponenten in den Schulhäusern für das WAN anfallen. Die Router und Switchs seien achtjährig und müssten ohnehin bald einmal ausgewechselt werden. Diese Kosten würden sich auf ca. Fr. 60'000.— belaufen.

Der Zeitplan der BiEAG habe ursprünglich vorgesehen, dass im Herbst 2009 mit den Grabarbeiten begonnen werden könnte. Aus diesem Grund und weil der Gemeinderat mit dem Stimmvolk eine transparente Politik pflege, sei der Antrag auf die heutige Gemeindeversammlung vorbereitet worden. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass die Erläuterungen in der Vorlage nicht bis ins Detail hätten ausgearbeitet werden können. Deshalb beantrage man auch ein Kostendach. Dass sich der Grabungsbeginn der BiEAG in den Winter verschiebe, habe sich erst vor kurzem ergeben. Mit der Bewilligung des Kostendaches würden die Stimmberechtigten dem Gemeinderat Vertrauen zeigen und die Kompetenz erteilen, die nötigen und wirtschaftlich sinnvollen Investitionen zu tätigen. Sie könne versichern, dass das Vorhaben noch detailliert ausgearbeitet, geprüft und offeriert werde, damit der Gemeinderat die optimalste Entscheidung fällen könne.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es sich um eine komplexe Materie handle und sich der Gemeinderat auf die Spezialisten verlassen müsse. Im Dezember 2000 habe die Gemeindeversammlung einen Rahmenkredit von Fr. 1.44 Mio. für die Anschaffung von PCs für die Schule beschlossen. Die definitive Abrechnung sei Fr. 330'000.— unter dem Kredit ausgefallen. Man habe somit diesen Betrag eingespart. Im EDV-Bereich würden einerseits die Preise eher fallen, andererseits seien die gemeindlichen IT-Supporter sehr verantwortungsbewusst und würden jeweils nur beste Einkäufe tätigen. Dies erhoffe er sich auch in diesem Fall.

HH, Präsidentin der CVP Hünenberg, führt aus, dass die CVP Vertrauen in den Gemeinderat habe und ihm zumute, dass er das, was tatsächlich nötig sei oder sich aus Wirtschaftlichkeitsgedanken aufdränge von dem, was nett und wünschbar sei, unterscheiden könne. Die CVP erachte es als Vertrauensbeweis und als Akt der Transparenz, dass der Gemeinderat die Gemeindeversammlung über Grundsatzfragen zur Infrastruktur abstimmen lasse, obwohl er mit «Salamitaktik» solche Vorhaben in eigener Kompetenz umsetzen könnte. Die Fr. 480'000.— für ein eigenes Glasfasernetz hätten an der Parteiversammlung trotzdem zu langen Diskussionen Anlass gegeben. Es sei wichtig, dass man sich in der Diskussion daran erinnere, dass es sich hier um ein Kostendach handelt, das zu einem frühen Zeitpunkt des Projekts veranschlagt wurde. Geschicktes Verhandeln könne hier sicherlich dazu führen, dass die effektiven Investitionen nicht in dieser Höhe ausfallen werden. Die Zusatzinformationen, die man im Vorfeld aus der Verwaltung erhalten habe, hätten die CVP zuversichtlich gestimmt. Ein wesentlicher Punkt habe ihr dennoch keine Ruhe gelassen. Im Antrag sei gemäss Wortlaut die Rede von einem Glasfasernetz. So weit so gut. Es sei allerdings zu beachten, dass es sich auf Grund des Textes in der Kurz- wie in der Langversion um ein Kostendach für ein **eigenes** Glasfasernetz handle. Die CVP erachte die Erstellung und Instandhaltung eines eigenen Glasfasernetzes nicht wirklich als originäre gemeindliche Aufgabe. Es könne allerdings schon sinnvoll sein, trotzdem solche Investitionen zu tätigen. Nämlich dann, wenn dadurch mittel- und langfristig ganz klar Kosten gespart werden könnten. Ein eigenes Glasfasernetz schliesse sie deshalb nicht kategorisch aus. Aber sie fordere den Gemeinderat auf, sorgfältig zu prüfen, ob ein eigenes Glasfasernetz, ein Outsourcing oder weitere Arten der Zusammenarbeit mit Firmen – wie der lokalen EGH oder der Wasserwerke Zug AG (die über viel Erfahrung in diesem Bereich verfügen) – unter Beach-

lung der Investitions- und Unterhaltskosten ideal wäre. In diesem Sinn beantrage die CVP folgende Ergänzung des gemeinderätlichen Antrags:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Investitions- und Unterhaltskosten zu evaluieren, ob das Glasfasernetz allenfalls von Dritten betrieben oder mitbetrieben werden soll.*

II erklärt, dass sich auch die FDP mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe. Und ähnlich wie die Kollegin der CVP, HH, habe auch die FDP einige Bedenken. Zunächst müsse er aber etwas klarstellen: Am 18. Juni 2009 sei in der Zeitung ein Artikel mit dem Titel «FDP gegen Glasfasernetz» erschienen. Die FDP sei dabei grundsätzlich falsch zitiert worden. Selbstverständlich sei die FDP für eine gute und zukunftsgerechte Infrastruktur. Nichtsdestotrotz habe es in dieser Zeitungsschlagzeile doch einen kleinen Kern der Wahrheit gehabt. Die FDP sei grundsätzlich und aus ordnungspolitischer Sicht der Meinung, dass eine Gemeinde nicht das Betreiben und Verlegen einer Netzwerkkommunikationslösung als Kernkompetenz anschauen könne. Die FDP schliesse sich der Meinung an, dass evaluiert werden soll, ob Drittparteien dies günstiger bzw. besser machen könnten. Grundsätzlich sei es so, dass vorliegend eine Ausschreibung fehle, in der verschiedene Provider ihre Lösungen darlegen könnten. Weiter habe man auch gewisse Bedenken und Fragen in den so genannten personellen Folgekosten, wenn dieses Netzwerk so stehe wie angedacht: Wer wartet dieses Netz 24 Stunden und sieben Tage die Woche? Es gebe auch Lehrpersonen, die am Wochenende arbeiten würden. Mit solchen Fragen habe man sich in der FDP beschäftigt und auf diese würden die Antworten noch immer fehlen. Natürlich wären personelle Folgekosten gleich Null schön, ja sogar traumhaft, aber dies sei in der Realität leider sicher nicht der Fall. Weitere kleine Punkte zu den Vor- und Nachteilen: Grundsätzlich sei jeder Vorteil, den die Gemeinde angebracht habe, bei einem Drittanbieter auch vorhanden. Dies sei Teil der Lösung, welche die Anbieter bringen müssten und da könne man sehr kosteneffiziente Verhandlungen führen. Er möchte dies so stehen lassen und bemerken, dass die FDP den gemeinderätlichen Antrag, so wie er jetzt stehe, in einem späteren Zeitpunkt zurückweisen werde.

JJ weist als Vertreterin der SP Hünenberg darauf hin, dass die Vorteile eines Glasfasernetzes in der Vorlage und von Renate Huwyler ausführlich beschrieben worden seien. Verschiedene Möglichkeiten seien durch eine spezialisierte Firma verglichen worden. Diese Studie empfehle letztlich eine Lösung mit einem eigenen Glasfasernetz. Auf neue Technologien zu warten, sei wenig sinnvoll. Einziger Nachteil seien die hohen Investitionskosten von Fr. 480'000.—. Dem gegenüber stünden Einsparungen von Fr. 230'000.— während der vergangenen sieben Jahre. Bei einem eigenen Glasfasernetz würden die jährlichen Nutzungskosten entfallen. Es mache Sinn, die sich bietenden Synergien bei der Verlegung der Rohre des Biomasse-Kraftwerkes zu nutzen. Kosten und Arbeitsaufwand könnten so gemeinsam getragen werden. Ihrer Meinung nach muss diese Chance genutzt werden. Im Namen der SP bittet sie, den Antrag des Gemeinderats, der die Interessen der Gemeinde sorgfältig abgewogen habe, zu unterstützen.

KK, Präsident der FDP Hünenberg, erkundigt sich, ob man Alternativangebote geprüft habe. Der Vorsitzende erteilt für die Beantwortung dieser Frage dem gemeindlichen IT-Supporter LL, der nicht in der Gemeinde Hünenberg wohnt und somit nicht stimmberechtigt ist, gestützt auf § 74 Gemeindegesetz das Wort.

LL führt aus, dass man vor zwei Jahren erstmals eine Offerte bei der WWZ eingeholt habe. Dabei sei es um eine Gigabyte-Verbindung gegangen, wobei sich die Offerte auf Fr. 60'000.— für alle Schulhäuser belaufen habe. Er sei sich bewusst, dass er heute eine günstigere Offerte erhalten würde. Er möchte gern noch zwei kurze Bemerkungen anbringen. Man habe vor sechs Jahren erstmals mit der EGH zusammen die gemeindlichen Gebäude Turnhalle, Feuerwehrlokal, Saal «Heinrich von Hünenberg», Schulhaus Ehret C und das Gemeindehaus mit Glasfaserkabel verbunden. Die EGH habe diese Verbindungen gelegt und die Wartung erfolge durch die gemeindlichen IT-Supporter. Die IT-Supporter würden die Schule nicht als so dringend ansehen, dass diese eine 99,9%ige Ausfallsicherheit haben müsste. Man könne die Schule nicht unbedingt mit einer internationalen Firma vergleichen, bei der die Ausfallsicherheit gewährleistet sein müsse und eine Reaktionszeit von vier Stunden vorhanden sein sollte. Also müsse der Betrieb sicherlich nicht sieben Tage und 24 Stunden gewährleistet sein. Insgesamt habe man drei verschiedene Offerten eingeholt; eine von der Swisscom (2008) und zwei von der WWZ (2007 und 2008). Man habe dies so berechnet, dass nach ungefähr fünf Jahren die Netze amortisiert wären und nach weiteren zehn Jahren das Glasfasernetz der Gemeinde gehören würde. Dadurch hätte man natürlich auch einen schönen Gewinn. Was den Unterhalt betreffe: das Glasfaserkabel müsse einfach gelegt werden und die Komponenten rechts und links würden von Seiten des IT-Supports geliefert, wobei man auch mit anderen Gemeinden zusammen Ressourcen nutze, die bestmöglichen Geräte einsetze und von dort her auch das Knowhow besitze. Man habe das Knowhow von anderen Gemeinden und Schulen und das Netz müsse – wie schon gesagt – nicht 99,9 % verfügbar sein.

II kommt auf sein Votum zurück und beantragt im Namen der FDP, dass der Gemeinderat im Dezember 2009 mit einem neuen Antrag kommt, eventuell mit drei bis vier Offerten, und dass das Ganze finanziell transparenter dargelegt wird. Es handelt sich somit um den angekündigten Rückweisungsantrag.

Über Rückweisungsanträge muss gemäss § 76 Abs. 2 Gemeindegesetz unverzüglich abgestimmt werden. Der Rückweisungsantrag der FDP Hünenberg wird mit 19 zu 102 Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der CVP, unter Berücksichtigung der Investitions- und Unterhaltskosten zu evaluieren, ob das Glasfasernetz allenfalls von Dritten betrieben oder mitbetrieben werden soll, wird mit 82 zu 35 Stimmen zugestimmt.

In der Schlussabstimmung beschliessen die Anwesenden grossmehrheitlich bei zwei Gegenstimmen Folgendes:

1. Der Vernetzung der Schulhäuser mit Glasfaserleitungen sowie den entsprechenden Anpassungen der aktiven Komponenten in den Schulhäusern für die Jahre 2009 bis 2011 wird zugestimmt und hierfür ein Kredit von Fr. 480'000.— als Kostendach bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Investitions- und Unterhaltskosten zu evaluieren, ob das Glasfasernetz allenfalls von Dritten betrieben oder mitbetrieben werden soll.
3. Die Kreditsumme ist bei allfälligen Preisänderungen in der Zeit zwischen der Erstellung der Kostenschätzung und der Ausführung des Projekts entsprechend anzupassen.

## Traktandum 6

### Motion der SP Hünenberg zum Umbau und zur Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B - Bericht und Antrag des Gemeinderates

Die Beantwortung der Motion erfolgt durch Erich Wenger, Vorsteher der Abteilung Bau und Umwelt sowie Gemeinderat. Er erklärt, dass die SP Hünenberg in ihrer Motion folgende Anträge stelle:

- Für den Umbau und die Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B sei eine Machbarkeitsstudie für Minergie-P zu erstellen.
- Zusätzlich sei eine Fotovoltaikanlage auf allen geeigneten Dächern des Schulhauses Ehret B zu erstellen. Der Gemeinderat habe zu prüfen, ob diese Fotovoltaikanlage in eigener Regie betrieben werden könne.

Das Schulhaus Ehret B sei im Jahre 1974 erbaut worden. Es handle sich um eine Stahlkonstruktion mit viel Glas, was damals sicher sehr modern gewesen sei. Die Abklärungen hätten ergeben, dass das Gebäude aufgestockt werden könnte. Im Jahr 1989 habe man Werkräume angebaut und auf dem Dach des Schulhauses seien Sonnenkollektoren installiert worden. Die Schulraumplanung für die Oberstufe sei in Arbeit und werde in den nächsten Wochen abgeschlossen. Anschliessend könne ein Antrag für einen Planungskredit ausgearbeitet und der Gemeindeversammlung vom Dezember 2009 unterbreitet werden. Das Schulhaus Eichmatt sei praktisch das erste Minergie-P-Schulhaus in der Schweiz. Ein Minergie-P-Haus müsse vor allem:

- sehr gut isoliert sein (inkl. Bodenplatte und Wände im Erdreich),
- komplett luftdicht sein, und
- eine kontrollierte Lüftung haben.

Eine Machbarkeitsstudie könne theoretisch aufzeigen, ob es mit wirtschaftlich vernünftigem Aufwand möglich ist, diesen Standard zu erreichen. Für diese Grundlagenarbeit liege eine Offerte über Fr. 15'000.— vor.

Zur Fotovoltaikanlage: solche Anlagen seien auf dem neuen Dach sicher möglich. Auf dem Sportgebäude Ehret habe die EGH eine solche Anlage installiert und auf dem Dach des neuen Schulhauses Eichmatt baue die WWZ jetzt auch eine solche Anlage. Die Kosten für diese Anlage würden rund Fr. 540'000.— betragen. Die Erstellung und der Betrieb der Fotovoltaikanlage könnten durch die Gemeinde, die EGH, die WWZ oder durch einen anderen Anbieter erfolgen und könne später bestimmt werden. Der Gemeinderat beantrage, die Motion erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben. Zudem soll für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie ein Kostendach von Fr. 15'000.— bewilligt werden.

EE dankt dem Gemeinderat im Namen der SP Hünenberg für die positive Beantwortung der Motion. Es sei der SP sehr wohl bewusst, dass der Standard Minergie-P für Umbauten eine hohe Anforderung darstellt. Trotzdem sei man davon überzeugt, dass sich die Energiestadt Hünenberg dieser Herausforderung stellen muss. Dank der frühzeitigen Einreichung der Motion könnten die nötigen Planungsschritte bereits aufgenommen und integriert werden. Mit der Machbarkeitsstudie würden alle nötigen Bereiche abgeklärt und die entsprechenden Lösungen aufgezeigt. Dies verhindere unnötige Kostenfolgen und es könne ein Gesamtpaket geschnürt werden. Mit der Fotovoltaikanlage könne die Gemeinde einen weiteren Schritt in die Energieautarkie unternehmen. Die Sonne sei für alle da und unbeschränkt nutzbar. Es freue die SP natürlich, dass der Gemeinderat auch diesem Anliegen gegenüber positiv eingestellt sei. Man sei überzeugt, dass sich die zukunftsgerichtete Haltung des Gemeinderates in späteren Generatio-



nen auszahlen werde. Er bittet deshalb die Anwesenden, die beiden Anträge des Gemeinderates zu unterstützen.

MM, Präsident der SVP Hünenberg, stellt den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären. Es sei zwar richtig und wichtig, dass man in der heutigen Zeit Ressourcen effizient und sparsam einsetze. Die SVP Hünenberg möchte dies auch mit den Finanzen tun und die Fr. 15'000.— für die Machbarkeitsstudie einsparen und direkt bei einem Umbau einsetzen. Das Schulhaus Ehret B sei ein Bau der 70er-Jahre. Damals habe noch niemand an Minergie-P-Standard gedacht. Das Schulhaus sei nicht nach der Sonne ausgerichtet, also müsste man das Schulhaus komplett kehren. Ein Umbau so wie es die SP verlange, würde einem faktischen Neubau entsprechen und dies sei sicherlich nicht im Sinn und Geist des Gemeinderates. Die SVP erwarte trotzdem, auch ohne Motion der SP, dass das Schulhaus kosten- und energieeffizient umgebaut werde, auch wenn es nicht Minergie-P-Standard sei. Er ersucht die Versammlung, den Antrag der SVP zu unterstützen.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, schreitet der Vorsitzende zur Abstimmung. Dabei wird der Antrag der SVP Hünenberg, die Motion nicht erheblich zu erklären, mit 31 zu 82 Stimmen abgelehnt. Anschliessend beschliessen die Anwesenden grossmehrheitlich bei 14 Gegenstimmen Folgendes:

1. Die Motion der sozialdemokratischen Partei Hünenberg betreffend Umbau und Erweiterung des Schulhauses Ehret B wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.
2. Für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für Minergie-P im Zusammenhang mit dem Umbau und der Erweiterung des Schulhauses Ehret B wird ein Kostendach von Fr. 15'000.— bewilligt.

### **Erklärung «Zug zeigt Zivilcourage»**

Im Anschluss an die offiziellen Geschäfte stellt die Vorsteherin der Abteilung Sicherheit, Renate Huwyler, die Erklärung «Zug zeigt Zivilcourage» vor:

- *Wir schätzen unsere Jugendlichen – gemeinsam mit ihnen gestalten wir unsere Zukunft.*
- *Wir sind uns bewusst, dass wir alle Vorbilder sind, und wir nehmen diese Verantwortung wahr.*
- *Wir zeigen Interesse, nehmen Anteil und fördern die Jugendlichen in ihren Fähigkeiten.*
- *Wir erwarten Respekt, genauso wie wir selbst Respekt zeigen.*
- *Wir kommunizieren klare Regeln und Grenzen und setzen deren Einhaltung konsequent durch.*
- *Wir haben den Mut, hinzuschauen und Probleme zu benennen. Wir greifen in unserem Bereich und nach unseren Möglichkeiten ein.*
- *Wir outen uns als Zugerinnen und Zuger mit Zivilcourage!*

Renate Huwyler ermuntert die Anwesenden, die Erklärung zu unterzeichnen und ebenfalls Zivilcourage zu zeigen.

## **Schluss**

Der Vorsitzende gibt folgende wichtige Termine bekannt:

**Donnerstag, 25. Juni 2009, 19.30 Uhr, Saal «Heinrich von Hünenberg»**

Rückblick Sek 3b (Walter Röthlin) auf das Klassenlager in der slowakischen Partnerstadt Banská Stianica

**Donnerstag, 2. Juli 2009**

Schulhilbi auf der Festwiese an der Zentrumstrasse

**Samstag, 1. August 2009**

Bundesfeier auf dem Dorfplatz

**Samstag, 26. September 2009**

Broggemärt in der Zollweid

**Montag, 14. Dezember 2009**

Nächste Gemeindeversammlung

Abschliessend dankt der Vorsitzende seinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung unter der Leitung von Gemeindeschreiber Guido Wetli und den Anwesenden für deren Erscheinen zur heutigen Gemeindeversammlung.

Im Anschluss an die Gemeindeversammlung lädt der Vorsitzende alle zu einem Apéro ins Foyer ein.

Schluss der Einwohnergemeindeversammlung: 22.00 Uhr

Hünenberg, 10. September 2009

**Für das Protokoll**

Guido Wetli